



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/224 - 26.9.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-32  
Fernschreiber 039890

Der Kanzler und die Oder-Neisse-Grenze	S. 1
Ulbrichts "neuer Kurs"	S. 3
Den Anfängen wehren	S. 4

## Politik des Ausverkaufs

-A.M.S. Wenn der zweite deutsche Bundestag in wenigen Wochen zur Entgegennahme der Regierungserklärung zusammentreten wird, kann es sich der neue, alte Kanzler leicht machen: ein Hinweis auf seine unerfüllt gebliebene Regierungserklärung vom September 1949 und einige ergänzende europäische Integrationsbemerkungen genügen, um die in Bonn längst gängige Redewendung zu bestätigen, dass eben alles beim alten und beim Alten bleibt. Aber die neue Volksvertretung sollte nicht an die Arbeit gehen, ohne sich jener über aller Tagespolitik stehender Beschlüsse zu erinnern, die in oft hartem Ringen zwischen Regierung und Opposition letztlich doch als Ausdruck gemeinsamen nationalpolitischen Willens und als Richtschnur deutscher Außenpolitik gefasst werden konnten.

Zu diesen nicht häufigen Beschlüssen gehört die einmütige Auffassung, dass das Saargebiet ein Teil des deutschen Staatsgebietes ist und dass die Bundesregierung gehalten ist, diese Feststellung zur Grundlage und zum Ausgangspunkt außenpolitischen Handelns zu machen. Ferner hat der erste Bundestag feierlich erklärt, dass die unter vorläufiger polnischer Verwaltung stehenden Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie auch weiterhin als deutsche Gebiete betrachtet werden. Die von der Opposition mehrfach geforderte Erklärung, dass die Wiedervereinigung in Freiheit das oberste Ziel jeder deutschen Politik

sein müsse, wurde von den Koalitionspartnern jeweils mit dem Hinweis abgelehnt, dass dieses Ziel gleichzeitig mit der Westintegration angestrebt werden müsse.

Die wenigen Tage, die uns vom 6. September trennen, haben bereits bewiesen, wie sehr Dr. Adenauer und seine Mehrheit zur Fortführung ihrer Politik entschlossen sind und wie wenig sie sich an fundamentale Beschlüsse der Volksvertreter zu halten gedenken. Dieser Ausverkauf in gemeinsamen politischen Grundsätzen wird von Dr. Adenauer selbst geleitet. Während noch wenige Wochen vor den Wahlen jeder von CDU-hörigen Schreibern niedergebrüllt wurde, der - wie z.B. der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe auf dem Schlesiertreffen in Köln! - nur für ein friedliches Zusammenleben der Völker in einem neugeordneten Mittel- und Osteuropa eintrat, hat nun der Ostpolitiker aus Rhöndorf am Rhein plötzlich entdeckt, dass es das "Ziel der deutschen Politik sein muss, freundschaftliche Beziehungen zu einem freien Polen anzuknüpfen. Mit der freien Regierung eines solchen Polen müssten wir gute Beziehungen unterhalten. Die deutschen Ostgebiete könnten dann möglicherweise als deutsch-polnisches Kondominium verwaltet oder den Vereinten Nationen unterstellt werden."

Soweit Dr. Adenauer gegenüber dem Sonderkorrespondenten Reimar Morin von der amerikanischen Nachrichtenagentur "Associated Press". Während sich das CDU-Regierungspress- und Informationsamt noch nach des Kanzlers Ankündigung von der "Befreiung" der Ostzone zu erklären bemühte, dass der Kanzler wieder einmal missverstanden worden sei, warten die Öffentlichkeit und ganz besonders die Heimatvertriebenen nach dem Kondominium-Vorschlag vergeblich auf ähnliche Rückzugsversuche. Der Kanzler und seine Propaganda-Abteilung schweigen, denn der Interviewer Adenauers, Mr. Morin, Träger des bekannten Pulitzer-Preises für hervorragende journalistische Leistungen, hatte sich "für alle Fälle" den Kanzler-Text abzeichnen lassen, so dass es jetzt wirklich schwer fällt, diesen erfahrenen und durch Kanzler-Praktiken wahrscheinlich auch gewitzigten Journalisten einer Missdeutung, eines Übersetzungsfehlers oder eines Missverständnisses zu zeihen.

Es besteht daher aller Grund zu der Annahme, dass der Kanzler als erster westdeutscher Minister bereit ist, auf die Zugehörigkeit der Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie zu Deutschland zu verzichten und damit die Erklärung der gewählten Vertreter des Volkes zu missachten. Derselbe Kanzler, dessen Staatssekretär einst auszog, um die Integration bis in den Ural auszudehnen, ist nun plötzlich von der Politik der Stärke und der Befreiung zur Preisgabe der elementaren deutschen Ansprüche übergegangen. Den Heimatvertriebenen, bei denen er noch vor dem 6. September um ihre Stimmen buhlte und denen er zurief, sie mögen sicher sein, dass der Tag der Rückkehr in ihre deutsche Heimat bald kommen werde, erklärt dieser rheinische Kanzler - nachdem ihm ein grosser Teil der Vertriebenen seine Stimme gegeben hat - dass die deutschen Ostgebiete zu einem deutsch-polnischen Kondominium gemacht werden könnten. Den Konzessionen, die Dr. Adenauer an der Saar in Aussicht gestellt haben soll, wenn Frankreich als Gegenleistung die Ratifizierung des EWG-Vertrages garantieren könnte, soll jetzt als Rettung aus seiner ausweglosen Politik auch der Ausverkauf im Osten erfolgen.

150 000 Terroristen gegen 18 Millionen Deutsche

E.Z., Berlin

Die machtpolitische Entwicklung in der Sowjetzone ist seit dem vergangenen Wochenende in ein neues Stadium getreten. Diese Erkenntnis drängt sich nach dem Vorliegen der Rede auf, die Ulbricht auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED gehalten hat. Nicht die wirtschaftlichen Prognosen des 1. SED-Sekretärs über den "neuen Kurs" waren in der Gesamtwertung dieses neuen Befehlsempfangs das Wesentliche, sondern das Fazit, das Ulbricht endlich ohne jede Beschönigung aus dem 17. Juni 1953 und den darauf folgenden weiteren Widerstandsaktionen der Bevölkerung ziehen musste.

Ulbricht hat indirekt die Liquidation der SED zugegeben, als er erklärte, von den 1 250 000 SED-Mitgliedern seien im Höchstfall 150 000 bis 200 000 zuverlässig, alle anderen trügen die Schuld an dem grassierenden "Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse in der SED". Nach dem Zusammenbruch der Ulbrichtschen Lüge, dass der 17. Juni lediglich ein Werk sozialdemokratischer "Verführer" gewesen sei, und dem offenen Eingeständnis der faktischen Auflösung der SED geht Ulbricht den Weg des offenen Terrors. Die Staatsmacht, die er bisher in der Massenpartei der SED und in der Arbeiterschaft verkörpert sah, ist künftig lediglich die kleine Schar der 150 000 Zuverlässigen, bei denen es sich, wie Ulbricht ausdrücklich betont, nicht etwa um die bisherigen Funktionäre, sondern um jene Schweinehunde handelt, die nach dem 17. Juni die demonstrierenden Arbeiter dem SSD ans Messer geliefert haben.

Die Träger der Staatsmacht sollen nach Ulbrichts Willen künftig diese Verräter an der Arbeiterschaft sein, eine Prätorianergarde, deren Organisation und Einsatz Ulbricht bereits bekannt gab. In den Betrieben sollen sie in der Form der "Arbeiterwehr" als Terroristenbande gegen die rebellierende Arbeiterschaft wirken, in der SED selbst als einzig massgebender Faktor in der Form des Parteiaktives, also der Partei innerhalb der Partei. Auch das dritte Glied der neuen Terrororganisation, der Staatssicherheitsdienst, wird reorganisiert und durch diese Linientreuen verstärkt.

Wie sehr der neue Terrorapparat Ulbricht dem Hitlers gleichen soll, zeigt der Umstand, dass die "Arbeiterwehr" nicht nur in Betrieben, sondern auch auf kommunaler Basis schon gebildet wird, so dass die SS Hitlers bereits erneut im Entstehen begriffen ist. Ergänzt wird dieser Terrorapparat der neuen Kader-SED dadurch, dass schon heute jedes Kreissekretariat der Partei eine neue Abteilung erhält, die nur die eine Aufgabe hat, die Polizei-Offiziere im Kreis politisch zu überwachen. So hat der Politruk des Kreml seine Auferstehung erlebt.

Das Konzept der neuen Staatskunst Ulbrichts präsentiert sich nach der erbarmungslosen Deklassierung von 85% aller SED-Mitglieder in der einfachen Formel: 150 000 Terroristen gegen 18 Millionen Deutsche. Die von Moskau in allen bisherigen internationalen Verhandlungen aufrecht erhaltene Fiktion von der Volksherrschaft in der Sowjetzone ist von Ulbricht selbst ad absurdum geführt worden, ein Umstand, der bei künftigen Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage vom Kreml nicht mehr überschen werden kann.

+ + +

#### Ein neues "Promi"?

(sp) Acht Jahre, nachdem mit dem Hitler-Regime auch das Propagandaministerium unter den Trümmern des totalen Krieges versank, muss in der Bundesrepublik über die Frage eines neuen Informationsministeriums diskutiert werden; eines Ministeriums, das nach dem Kriege in Deutschland nur bei den Sowjetkommunisten in Berlin-Pankow denkbar war und in den Staaten des Ostens auch heute zu den Kennzeichen der polizeistaatlichen Diktatur gehört. Es ist nicht nur "Beunruhigung und Sorge", die zur Stellungnahme der Bonner Journalisten gegen die Pläne für ein Bundes-"Promi" zwangen, sondern es ist der Wille, allen Bestrebungen entgegenzutreten, die der deutschen Demokratie die Freiheit des Wortes nehmen wollen, durch die sie sich vom Dritten Reich und dem Ostblock unterscheidet.

So töricht, anzunehmen, dass sich ein Informationsministerium, mit Funktionen der Propaganda und der Zentralisierung der Information, nicht zum Gegner der Freiheit und Unabhängigkeit der Presse entwickeln muss, kann niemand sein. Das Argument, ein "Promi" sei nur gefährlich, wenn hinter ihm die SS oder eine bis zu Blockwarten

gehende Parteiorganisation steht, ist nicht stichhaltig. Es gibt auch andere Mittel als SS und organisierte Gesinnungsschnüffelei, um die Freiheit der Meinungsäußerung zu liquidieren. Von der Verwendung der Verfügungsfonds, über die Verteilung von Aufträgen, die Subventionierung von Zeitungen als "Massnahme" gegen nicht gewünschte Zeitungen bis zur Lenkung der Informationen und der Zentralisierung ihrer Quellen gibt es Möglichkeiten genug, die publizistischen Organe an das Gängelband der Regierung zu legen und die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit nur noch nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu fördern.

Ein Informationsministerium würde auch die wenigen Organisationen und Stellen, die der Sache der Demokratie noch den Vorrang vor der Vertretung der Parteienstandpunkte einräumen, zu Stosstrupps der Regierungsparteien machen. Die Arbeit der zur Stärkung der deutschen Demokratie ins Leben gerufenen Organisationen würde zu einem Kampf gegen die Parteien, Persönlichkeiten und Meinungen werden, die nicht mit dem Willen der Koalitionsparteien übereinstimmen. Und niemand kann die Garantie dafür übernehmen, dass ein Bundes-Informationsministerium mit den weitgehenden Kompetenzen, die es nach nicht demontierten Presseberichten haben soll, nicht noch viel schlimmere Folgen hat. Vom autoritären Handeln ist es nur ein kleiner Schritt bis zum diktatorischen Willen. Nicht weiter entfernt liegt der organisierte Kampf gegen die Freiheit der Meinungsäußerung von der Unduldsamkeit gegenüber dieser Freiheit.

Wir gestehen offen, dass wir nicht erwartet hatten, so bald nach der Wahlen unsere Warnung vor autoritären Bestrebungen der neuen Bundesregierung bestätigt zu bekommen. Selbst wenn nun das Projekt für dieses Ministerium vorerst in die Schubfächer des Palais Schaumburg gelegt werden sollte, besteht aller Anlass, weiterhin wachsam zu sein. Der neue Bundestag wird von Anfang an dafür einzustehen haben, dass weder offiziell noch auf kaltem Wege in Bonn ein neues "Promi" entsteht. Es geht hierbei nicht um eine parteipolitische Frage. Das hat die Stellungnahme der Bonner Bundespressekonferenz gezeigt, von der niemand sagen kann, dass die Mehrheit ihrer Mitglieder etwa zur SPD gehört. Es geht um das Bestehen auf den Grundrechten der Demokratie. Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in den kommenden Jahren genug Gelegenheit haben, den Wählern zu beweisen, dass sie keine Aushöhlung oder Freigabe dieser Grundrechte zulassen. Versagen sie bei dieser Aufgabe, dann verfälschen sie das Wahlergebnis des 6. September zu einem Ermächtigungsgesetz gegen die Demokratie.

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler